

Rede von Rolf Stöckel, MdB, Sprecher der Arbeitsgruppe
„Verteilungsgerechtigkeit und Soziale Integration“ zur Werkstattträtekonzferenz
am 29. November 2006

Wörtlich aus der Videoaufzeichnung übernommen und redaktionell bearbeitet

Herzlichen Dank Silvia Schmidt,
meine Damen und Herren,

ich darf vielleicht, weil ich auch Sprecher der nordrheinwestfälischen
Bundestagsabgeordneten in der SPD bin, den Herrn Thomas Leichsenring
begrüßen, der Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstattträger in
Nordrhein-Westfalen ist. Er ist sozusagen mein pendant. Wir werden vielleicht
am Rande dieser Konferenz die Gelegenheit haben, eine kontinuierliche
Zusammenarbeit zu verabreden.

Ich möchte, weil ich eine Querschnittsarbeitsgruppe in der SPD-
Bundestagsfraktion vertrete, etwas zur Philosophie unserer Arbeit für behinderte
Menschen aber auch für andere ausgegrenzte Menschen sagen. Ich will das auch
kurz machen, weil wir auch sehr viel schon detailliert gehört haben, was denn
etwa die Gesundheitspolitiker, was die Arbeitsmarktpolitiker, was die
Bildungspolitiker für behinderte Menschen beizutragen haben.

Behindertenpolitik ist eine Querschnittspolitik. Sie geht durch alle
Politikbereiche, die wir hier in den Ausschüssen und Ressorts zu beraten haben.
Wir haben als Sozialdemokraten beschlossen, wir wollen zwei Dinge an erster
Stelle tun. Nämlich: die Armut bekämpfen und die Ausgrenzung bekämpfen.
Dann haben wir eine Arbeitsgruppe gegründet mit dem langen Namen:
„Verteilungsgerechtigkeit und Soziale Integration“.

Aber das ist ernst gemeint. Weil wir sagen, es geht einerseits um die
Grundsicherung. Die finanzielle Grundsicherung derjenigen, die das aus eigener

Leistung nicht schaffen. Aber es gibt ganz viele Dinge, die weniger mit Geld zu tun haben, sondern in der Tat mit Hindernissen und Hemmnissen in Zugängen und Chancen sowie an Beteiligung und an Teilhabe. Beide Seiten sind gleich wichtig und die haben auch viel miteinander zu tun. Deswegen haben wir gesagt: wir müssen unsere Fachpolitiker aus der Gesundheitspolitik, aus der Bildungspolitik und aus der Arbeitsmarktpolitik. Aber auch unsere Sozialpolitiker und Städte- und Infrastrukturpolitiker müssen wir eigentlich zusammenholen und sie fragen: „Was habt ihr beizutragen, um ausgegrenzte Menschen in der Bundesrepublik Deutschland in die Mitte der Gesellschaft zu holen?“.

Jean Genet, der große französische Schriftsteller und Dramatiker, der selbst ein Randständiger war, weil kriminell, hat gesagt: „Wir müssen die randständigen der Gesellschaft in die Mitte holen.“ Und warum: weil wir alle, Franz Müntefering hat den Gedanken hier schon eingebracht, potentiell randständig sind. Ich glaube, deshalb hat die SPD sich auf den Weg gemacht, einst als Selbsthilfegruppe der Arbeiterbewegung, die rechtlos waren, mit dem Gedanken die Arbeiter von der Unmündigkeit zu befreien und hat Rechte eingefordert für Arbeiter. Vor über 140 Jahren. Wenn wir heute das Mitbestimmungsgesetz sehen, gibt es eine sicherlich immer gefährdete gleiche Augenhöhe von Tarifpartnern - Arbeiternehmern und Arbeitgebern – dann hat sich vieles von dem verwirklicht was damals die SPD als Selbsthilfebewegung in die Welt gesetzt hat. Und das galt auch für die Frauenrechte. 1919 hat die SPD das Frauenwahlrecht durchgesetzt. Wir haben seit 1949 erstmals im Grundgesetz die Gleichberechtigung. Das gleiche Recht ist das Entscheidende, was dann erstmal nur auf dem Papier steht, als Forderung auf Transparenten, was dann aber in der gesellschaftlichen Wirklichkeit umgesetzt werden muss. So ist es auch mit Rechten von Kindern, deren Rechte ich vertreten durfte in dieser Fraktion, und so ist es auch mit den Rechten all derjenigen die aus welchen Gründen auch immer in dieser Gesellschaft benachteiligt sind.

Erst kommen die gleichen Rechte - Gleichbehandlungsgesetz – und dann bekommen wir Instrumente an die Hand, um zu beobachten, zu begleiten und auch einzufordern, dass diese Dinge in den Lebenswelten der Menschen umgesetzt werden. Das ist der entscheidende Gedanke, der unsere Politik für behinderte Menschen und vor allem mit behinderten Menschen, bestimmt.

Wir haben sicherlich mit zwei Dingen, die hier auch schon angesprochen worden sind, eine sozialpolitische Revolution veranstaltet in diesem Sozialstaat. Und das ist die Auffassung, dass wir sagen: ambulant vor stationär ist ein wichtiger Grundsatz. Und zwar nicht in dem Sinne, dass wir jetzt keine stationären Einrichtungen oder Heime mehr brauchen. Sondern nach dem Motto: Soviel Schutz oder Assistenz wie nötig und soviel Selbstbestimmung, Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit wie möglich. Das ist, glaub ich, ein wichtiger Paradigmenwechsel, sagen die Wissenschaftler dazu. Die Gesellschaft und die Politik hat eine andere Sichtweise hier zu entwickeln. Und zwar nicht weil wir sagen, ich bin Sozialarbeiter, da war das einmal modern, wir wollen hier mehr Kundenorientierung haben wollen. Egal wer hier als Benachteiligter in dieser Gesellschaft mehr Teilhabe haben möchte, es geht nicht um Kunden, es geht schon lange nicht mehr um Klienten. Sondern wenn wir den Gedanken des persönlichen Budgets sehen, der müsste meines Erachtens zum allgemeinen Prinzip des Sozialstaats erhoben werden, dann sind die Betroffenen die Auftraggeber. Nicht Klienten, nicht Kunden, sondern die Auftraggeber für den Sozialstaat. Und das heißt aber auf der anderen Seite, und ich kann mir vorstellen, dass dieser Gedanke gar nicht so freundlich aufgenommen wird, dass es meiner Meinung nach keine Sonderleistungsgesellschaft für irgendeine Gruppe geben darf. Sondern dass egal, ob es sich um die Frage der Integration in den Arbeitsmarkt handelt, um die Frage der Grundsicherung für Menschen, die das nicht aus eigenem Einkommen alleine schaffen, dass es Gesetze geben muss, die zwar die besonderen Benachteiligungen berücksichtigen - also Barrierefreiheit schaffen,

da wo Barrieren vorhanden sind für bestimmte Menschen - die in der Lage sind, Nachteile, die individuell unterschiedlich sind, sozusagen auszugleichen. Das hat es auch in der Sozialhilfe immer gegeben mit besonderen Eingliederungshilfen. Und dieses Prinzip ist nicht verkehrt, aber wir wollen uns, und darüber können wir gerne einmal diskutieren, die Frage stellen, müssen wir in der Tat ein eigenes Leistungsgesetz einführen oder müssen wir nicht eher die Gesetzgebung wie die Grundsicherung und die persönlichen Hilfen so gestalten, dass sie übersichtlicher sind, unbürokratischer sind und in der Tat nicht eine Kunden- sondern eine Auftraggeberorientierung haben.

Ich will gar nicht viel mehr sagen, ich habe das gesagt, was mir wichtig war an den Prinzipien die wir so sehen und ich versuche das gemeinsam mit Silvia Schmidt, mit Karin Evers-Meyer, mit Klaus Brandner auch in der Frage der Behindertenpolitik vorzutragen und zu verbreiten in unserer Fraktion und insgesamt in der Politik. Wenn wir es schaffen, einen integrierten Politikansatz, nicht nur auf der Bundesebene, sondern natürlich muss das in den Ländern und in den Kommunen auch verstanden werden, dass das ein integrierter Politikansatz ist, die Randständigen in die Mitte der Gesellschaft zu holen, dann haben wir gemeinsam was geschafft. Wir brauchen nicht nur ihre Anregungen, wir brauchen ihre Mitarbeit, die Zusammenarbeit mit Ihnen. Ich freue mich auf eine lebhafte Diskussion über diese Thesen mit Ihnen.

Herzlichen Dank